

Das Reichsstempelgesetz im Hauptauschuß.

Der Stempel auf Kriegsanleihen. — Gegen die Spekulationswut. — Die Umjäre an der Börse. — Ein konservativer Antrag auf bedeutende Erhöhung des Stempels abgelehnt.

die auf Ursachen zurück zu führen ist, die wir in diesem Zusammenhang nicht erörtern wollen, erscheint es fast ausgeschlossen, daß die politische Zensur unbedingt gerecht und unbedingt politisch unparteiisch erfolgt. Das soll unter keinen Umständen eine schlechte Note gegen die Zensur ausübenden Offiziere sein, denn wir leben auf dem Standpunkt: Sie können aus ihrer Haut nicht heraus! Bei den Debatten über die Zensur kam deshalb in erster Linie immer nur das System angefaßt werden, erst in zweiter Linie die Person.

Die Generalkommandos sind mit Arbeiten überlastet. Sie haben hinter der Front gemaltete Leistungen vollbracht. Auch auf wirtschaftliche Gebiete kommt manche kluge Maßregel von dem heldenverehrenden Generalkommando. Wenn man das anerkennt und wenn man es die Arbeitsaufhebung bei den einzelnen Generalkommandos denkt, dann muß man zu dem Schluß kommen, daß die politische Zensur eine unnötige Belastung dieser militärischen Persönlichkeiten ist, von der sie je nach Lage möglichst befreit werden sollten. Die rund 2½ Dutzend Zensurdebatten im Reichstage haben zur Genüge bewiesen, daß eine Befreiung in dem immer unheiliger gewordenen Verhältnissen auch erst eintreten wird, wenn der politische Zensur ein Ende bereitet wird. Ganz ohne das mehr persönliche Gebiet zu streifen, kann man natürlich diese Frage nicht besprechen. Und das muß festgestellt werden, daß sich in den vier Kriegsjahren ein gewisser militärischer Bureaukratismus entwickelt hat, dem der Buchstabe heilig ist. Der Wortlaut der Vorschriften wird in manchen militärischen Schreibstücken zum angebeteten Heiligen der Sitten der Verfügungen selbst darunter Rat und es entstehen dann Dinge, wie sie der Abg. Müller-Meiningen dieses Tage im Reichstage vorbrachte, die das Gebiet der politischen Kommissar verläßt. Wenn Rücksicht, wie man gemeinhin sagt, tatsächlich tödlich wirken würde, wäre die politische Zensur längst nicht aufgehoben und würde nicht das geringste Lebenszeichen mehr von sich geben. Sie lebt aber noch und wir bringt nach wie vor Dinge, die nach dem Erörterung hervorgerufen oder auch unsere Aufmerksamkeit in lang anhaltende Bewegung setzen.

Die Regierung wagt es kaum noch, die politische Zensur zu verteidigen. Der Staatssekretär Wallraf empfand es im Gegenteil in den letzten Tagen geradezu als Beleidigung, daß er die Zensur getobt habe. Und doch: Das alte Uebel steigt weiter! Der Staatssekretär des Innern hat in letzter letzten Rede gebeten, der Reichstag möge in neue Verhandlungen über die Zensur eintreten. Wozu? Verhandlungen hat es nachgerade genug gegeben. Sie alle haben nur bewiesen, daß eine politische Zensur bei einem politisch reifen und mündigen Volke ein Uebel ist. Weitere Verhandlungen haben deshalb keinen Zweck, denn die berechtigten Klagen werden doch erst verschwinden, wenn die politische Zensur als solche verschwinden ist.

Der Kaiser über die Ludendorff-Spende. Eine Spende von 500 000 Mark.

Berlin, 7. Juni. Seine Majestät der Kaiser hat dem Reichsauschuß für Kriegsbefähigtenfürsorge folgende Mitteilung zugehen lassen:

Es ist mir eine hohe Freude, daß die Sammlung zur Ludendorff-Spende die in den früheren Anläßlichkeiten, meiner warmen Anteilnahme an den großen Aufgaben der Kriegsbefähigtenfürsorge Ausdruck zu geben.

Mit Stolz und Dankbarkeit sehe ich täglich die gewaltigen Listen meiner Truppen, die dem deutschen Namen für alle Zeiten Ruhm und Ehre einbringen werden. Ich sehe aber auch die Sorgen, die die deutsche Heimat mündlich und hart auf sich nimmt, welche ihr Mühen und Sorgen für des Vaterlandes Größe und Ehre. Ich nehme Einsicht in das Seelenleben des verwundeten Kämpfers und ich bin mir bewußt, daß unter Volk an seinen im Dienste der großen Sache erkrankten und verfallenen Söhnen eine große Dankeschuld zu lösen hat. Gewiß ist es in erster Linie Angelegenheit des Reichs, seine in ihrer Arbeitskraft so wichtigen Beschäftigten vor Rat und vor sozialem Abstieg zu bewahren.

Gewiß hat unser Feldanstellungswesen, von der freiwilligen Krankenpflege unterstellt, seinen alten Ruf hohen ärztlichen Könnens und warmherziger Nächstenliebe glänzend bewahrt. Aber es gibt noch weitere Aufgaben, die das Reich und seine Beschäftigten nicht voll zu lösen vermögen. Diese liegen in der Ausbildung zu neuem Leben in Heilfürsorge, in Familien- und Wohnungsverhältnisse, in der Krankenpflege, in der Unterstützung der verwundeten Kämpfer, in der Wiederbeschäftigung unserer heimischen Wirtschaft, vor allem in der Stärkung des Lebensmutes und der Schaffensfreudigkeit. Hierzu brauchen wir die tatkräftige, von tiefer Dankbarkeit und warmer Liebe getragene

Mitwirkung aller Kreise der Nation.

Die zu meiner Gemüthung in vollem Gange befindliche Arbeit, deren Spitze der Reichsauschuß für Kriegsbefähigtenfürsorge ist, begreife ich mit Weinen innigsten Segenswünschen. Ich bin überzeugt, daß die jetzt eingeleitete Geldsammlung, die an den Namen Ludendorff geknüpft ist, einen Namen, der seit Beginn des Krieges unzähligen Tausenden und jeder Deutsche mit Dank und Verehrung nennt, alle Schichten der Bevölkerung freudig opferbereit finden wird.

Ich lasse dem Reichsauschuß gleichzeitig 500 000 Mark in Kriegsanleiheausgaben als

Meinen Beitrag zugehen und erlaube, mir über den Fortgang der Arbeit besonders am Herzen liegenden Sache regelmäßig zu berichten.

Gott fähre alle treuen Arbeit zum Segen anstands herbeizuführen, kampfproben Vorkes und der großen Aufgaben, die ihm nach und innen und außen zu lösen bestimmt sind.

Sehreres Hauptquartier, 4. Juni 1918.

Wilhelm I. R.

Der Hauptauschuß des Reichstages legte am Freitag die Eingebungen des Reichsauschußes vor. Der Reichsauschuß hat die Steuerliche seit für Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte und belegt für Kauf- und Anschaffungsgeschäfte die Kriegsanleihen mit zwei Zehntel v. T. im Gegensatz zu den anderen Schuld- und Wertenerwerbungen des Reichs und der Bundesstaaten, die mit einem Stempel von vier Zehntel v. T. belegt werden sollen.

Abg. Erberger (Ztr.) wandte sich gegen den niedrigeren Stempel für die Kriegsanleihen. Es handelt sich bei ihnen nicht nur um kleine Sparer, sondern um dauernde Kapitalanlage großer Kapitalisten.

Unterstaatssekretär Schiffer: Wir glauben es den Verprechungen, die wir hinsichtlich der Kriegsanleihen gemacht haben, häufig zu sein, aber einen niedrigeren Stempel abzulehnen. An den Kriegsanleihen sind keine Sparer in großem Umfang beteiligt.

Abg. Gothein (Sp.): Man sollte die Umjahreuer auf Kriegsanleihen überhaupt streichen. Das erhoffte finanzielle Ergebnis wird nie erzielt werden, denn die Umjahre in Kriegsanleihen sind gering.

Reichsstaatssekretär Graf Hödorn: Bei einer Streichung würde sich ein Beitrag von 8 Millionen Mark ergeben, den wir nicht erheben können. Der Stempel ist zu gering, daß er getragen werden kann.

Abg. Reil (Sp.) wandte sich ebenfalls gegen die Streichung.

Abg. Gothein (Sp.): Ein Ertrag von 8 Millionen Mark würde einen Umlauf in Kriegsanleihen von 45 Milliarden voraussetzen. Sachverständige schätzen den Umlauf aber auf höchstens 15 Milliarden Mark.

Abg. Warmuth (D. Fr.) trat für eine völlige Steuerbefreiung der Kriegsanleihen ein.

Abg. Dose (Sp.) schloß sich dem an, schon mit Rücksicht auf die künftigen Anleihen.

Abg. Stöbe (natl.) betonte, daß eine Sonderbehandlung der Kriegsanleihen nur wirtschaftlich neuartig ist.

Reichsstaatssekretär Graf Hödorn: Wo es irgend geht, werden die Kriegsanleihen begünstigt. Aber sie ganz steuerfrei zu lassen, ist unmöglich.

Abg. Bernstein (U. Soz.): Wir sind Gegner aller Verbrauchssteuern und daher für die Streichung.

Die Abstimmung ergibt die unveränderte Annahme der Sache der Regierungsvorlage.

In der weiteren Beratung des Hauptauschusses des Reichstages über das Reichsstempelgesetz kam der Stempel für Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte mit inländischen und ausländ. Werten, Aktienanteilscheinen, Reichsbankanteilscheinen, Anteilscheinen von Kolonialgesellschaften, Anteile von begründeten Gesellschaften oder die darüber ausgegebenen Urkunden, sowie Genusscheine zur Beratung. Der Stempel soll nach der Regierungsvorlage drei vom Tausend betragen.

Abg. Nieber (natl.) will ihn auf eins v. T. ermäßigen, was die äußerste zulässige Grenze darstellt.

Ein Antrag des Abg. von Brodhausen (konf.) will den Stempel auf zwei v. T. festsetzen, während des Krieges aber auf 1 Prozent herabsetzen.

Reichsstaatssekretär Graf Hödorn trat für den Antrag von Brodhausen ein. Es muß jetzt etwas gelassen, um die wirtschaftliche Spekulation einzulindern. Die Reichsbank und die gesamte Bankwelt halten das für notwendig.

Professor Priem vom Reichshofamt: Die Umjahre im Vorkriegsstand sind nicht ohne weiteres zu vergleichen mit den Vorkriegsanleihen. An der Börse gibt es Konjunkturen, die ein lebhaftes Geschäft zur Folge haben, und Zeiten, wo das Geschäft ruht. In Zeiten lebhaften Geschäftes, die auch nach dem Krieg kommen werden, ist ein hoher Umjahreertrag erträglich. Die Vorkriegsanleihen der Börse haben sich durch die Entwicklung der Großbanken verhalten. Die Großbanken stellen einen erheblichen Teil der Börse dar, so daß die angekündigten Folgen einer erhöhten Steuer nicht in vollem Umfang zu erwarten sind. Die Banken haben erst Anfang dieses Jahres ihre Provision um zwei v. T. erhöht. Sie halten also den Umlauf für tragfähig. Ob von dem zukünftigen Umlauf zwei v. T. Provision und drei v. T. Stempel getragen werden können, ist allerdings fraglich. Daher sollten die Interessenten an eine Revision ihrer Eide gehen.

Reichsstaatssekretär Graf Hödorn betont nochmals, daß ein Stempel von drei v. T. im Verhältnis zu der über alle Werten hochgetriebenen Spekulation mäßig ist.

Abg. Nieber (natl.) wandte sich gegen den Antrag Brodhausen.

Reichsstaatssekretär Graf Hödorn betont wiederholt als seine Überzeugung, daß der Vorkriegsverkehr eine Belastung von drei v. T. heute leicht tragen kann. Zudem fällt die höchste Belastung auf das Publikum, während die Börsenspekulanten nur gering belastet werden. Das Publikum aber, das sich heute an alle großen Werten Spekulationen blindlings anschließt, kimmert sich gar nicht um die steuerliche Belastung, oder doch nur dann, wenn der Stempel ganz empfindlich hoch ist.

Abg. Dose (Sp.): Diese Ausführungen sind nicht überzeugend. Die Spekulation während des Krieges vorurteillos auch mir, aber sie konnte nur einen so großen Umfang annehmen, weil wir augenblicklich keine Börse haben. Der An-

trag Brodhausen wird unter allen Umständen abgelehnt werden. Für den Antrag Nieber sprechen auch die Erfahrungen in England.

Abg. von Brodhausen (konf.): Während des Krieges kann man ruhig höher gehen. Wir wollen damit keine erhöhteren Ausgaben erreichen, sondern nur dem Reich höhere Einnahmen beschaffen.

Abg. Bernstein (U. Soz.): Uebere Erscheinungen des Tages durch Steuern befehlen zu wollen, ist niemals empfehlenswert. Eine zu hohe Steuer wird die Börse schwächen und die Großbanken stärken, wie der frühere Kampf gegen die Börse bewies.

Abg. Dr. Nieger (Zentr.): Die Erwartung hoher Erträge wird getrübt werden, weil der hohe Stempel das Geschäft zurückdrängt. Dieses Mittel ist völlig verfehlt, das zeigt die Geschichte aller bisherigen volkswirtschaftlichen Steuern. Für solche Zeiten ist viel eher eine Ermäßigung des Stempels angelegt.

Unterstaatssekretär Schiffer: Der Gefahr einer Überkonzentration muß man durch geeignete Bestimmungen entgegenwirken. Während des Krieges ist eine Erhöhung des Stempels auf 1 Proz. erträglich und zweckmäßig. Gewiß ist die heutige wilde Spekulation verwerflich. Aber dadurch wird unsere Auffassung, daß diese Verhältnisse ungesund sind, nicht berührt. Das Angelegene ist, daß dabei nicht volkswirtschaftliche, sondern rein privatwirtschaftliche Ziele verfolgt werden. Die Spielneigung breitet sich aus, und zwar hauptsächlich unter den wirtschaftlich Schwachen. Es ist sehr zu bedauern, daß diese Verhältnisse nicht durch Steuer allein können wir allerdings gegen die elementare Erziehung sind und nicht zu unterdrücken. Wir glauben, daß ein hoher Stempel moralische und finanzielle Wirkungen haben wird.

Abg. Stöbe (natl.): Die Auffassungen des Prof. Priem von der Börse werden

in Wesentlichen einen merkwürdigen Eindruck machen. Weber Markt enthält ein spekulatives Moment. Wenn man die über Spekulationslust durch eine hohe Steuer einschränken will, so darf man niemals übersehen, daß man in erster Linie das solide Geschäft treffen wird, während sich die Winkelspekulanten anders werden helfen müssen. Der Hauptfehler ist das Fehlen eines Kurszettes. Die Erhöhung der Provision der Banken bereitet gar nichts für die Möglichkeit eines perzentualen Stempels. Weniger wäre auch hier mehr, d. h. ein niedrigerer Stempel würde höhere Erträge bringen als die geplanten hohen Sätze.

Abg. Erberger (Zentr.): Ein so langer Krieg muß ja die geordnete Ordnung in Bewahrung bringen. Wer ist denn schon an den hohen Kriegswerten? Wir brauchen nur an die Gewinn- und Verlustrechnung der Regierung. Es sind die besten Mittel der Gesellschaft für einen Umlauf zu deuten. Man verneintliche einen Kurszettel, und man wird damit schonens die wilde Spekulation eindämmen, für die es jetzt an einem weithin hörbaren Parameter fehlt. Mit einem erhöhten Stempel kommt man dieser Erscheinung nicht bei. Wenn der Vorkriegsmarkt 1/2 Proz. beträgt, kann man hier doch nicht auf 1 Proz. hinausgehen. Den Glauben, daß der Bundesrat den Stempel wieder herabsetzt, haben wir nicht. Warum wird noch kein Kurszettel eingeführt? Einmal muß die Börse doch wieder eröffnet werden.

Reichsstaatssekretär Graf Hödorn: Es wird sich nach Gelegenheit finden, auf diese Frage ausführlich einzugehen. In der Zeit nach dem Krieg werden wir die Gefahr der Spekulation, die ich mich begab, als ich das Wort von der starken Börse kritisierte. Ich habe aber leblich die Tatsache hervorzuheben wollen, daß heute die Bedeutung der Börse durch die Entwicklung der Großbanken eine ganz andere geworden ist, als in jener Zeit, als das Wort von der starken Börse entfiel. Diesen Gesichtspunkt habe ich betonen wollen, damit er hier gewürdigt werde. Aus meinen Ausführungen kann der Abg. Stöbe nicht das Recht herleiten, sie als mit den Ausführungen des Reichsbankepräsidenten im Widerspruch stehend zu bezeichnen.

Abg. Reil (Sp.): Für normale Zeiten mögen 3 v. T. zu hoch sein, für die Kriegszeit ist das nicht der Fall. Für die Zeit nach dem Krieg werden vielleicht 2 v. T. aus, aber alle Gründe gegen einen hohen Stempel treffen für die Kriegszeit nicht zu, ja vielleicht könnte man jetzt auf 5 v. T. heraufgehen. Die im Antrage Brodhausen vorgesehene Herabsetzung der Steuer nach dem Krieges darf man nicht dem Bundesrat allein überlassen.

In der Abstimmung wird der Antrag Brodhausen abgelehnt.

Der Antrag Nieber, statt 3 v. T. 1 v. T. zu setzen, angenommen.

Der Stempel für Kauf- und Anschaffungsgeschäfte in ausländischen Banknoten, ausländischem Papiergeld oder ausländischen Geldnoten (2 v. T.) bleibt unverändert.

Die Vorlage enthält weiterhin die Vorschrift, daß der Abgabebefehl für solche Wertpapiere, die nicht zum Handel an einer inländischen Börse zugelassen sind, auf das Doppelte erhöht soll. — Abg. Nieber (nl.) beklagt diesen Strafempel und beantragt Streichung.

Ein Regierungsvertreter erwidert, der Stempel sei durchaus erträglich, und eine Herabsetzung dieser Papiere sei nicht mit ihm verträglich.

Der Antrag Nieber wird angenommen.

Amerika im Zeichen der U-Boot-Gefahr.

London, 7. Juni. (Reuter.) Aus New York wird der „Daily Mail“ gemeldet, daß im ganzen 14 Schiffe, meist Küstenschoner, von deutschen U-Booten an der atlantischen Küste versenkt wurden. Gestern wurde bei Kap Virginia der Schoner „Dolph“ als Wrack treibend gefunden. Man weiß nicht, was aus der Besatzung geworden ist.

Die amerikanische Küste und besonders der Hafen von New York haben, wie im „Nat. Anz.“ berichtet wird, ein kriegerisches Aussehen. Die elektrischen Scheinwerfer, über die die amerikanische Marine in Massen verfertigt, spielen die ganze Nacht. Eine große Menge von Wasserflugzeugen überfliegt die Küste und den Golfen. Der amtliche New Yorker Berichterstatter vom 6. Juni vermeldete die Tatsache, daß neuerlich große Netze für das Kriegsende an der New Yorker Börse abgeschlossen wurden, und zwar

2:5, daß der Weltkrieg innerhalb 8 Monaten beendet sein werde.

Angedacht 5 deutsche U-Boote in amerikanischen Gewässern.

T. U. Genf, 7. Juni. „Reit Parisien“ meldet aus Washington, daß es fünf (?) deutsche U-Boote seien, die in amerikanischen Gewässern treuzen.

Die neueste U-Boot-Beute.

Berlin, 7. Juni. (Anti.) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Sperrgebiet um die Azoren und der Westafrikanischen Küste neuerdings wieder